

**Niederschrift über die Sitzung des
Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses am 12. Dezember 2016**
im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende:	Landrat Dr. Sigel	
Mitglieder des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses	Kreisräte/innen	
	Sczuka, Holzwarth, Dr. Ketterer, Wersch, Mößner, Breiter (von 14:35 bis 17:40 Uhr), Kölz (ab 14: 37 Uhr)	(CDU)
	Kaufmann, Hestler, Möhrle, Klopfer	(SPD)
	Hesky, Friedrich, Häuser, Jasper	(Freie Wähler)
	Besa, Brodersen	(GRÜNE)
	Haußmann, Lenk (bis 18:03 Uhr), Meßmer (bis 18:03 Uhr)	(FDP-FW)
	Throm	(AfD)
	Kober	(LINKE/ÖDP)
Die stv. Ausschusmitglieder:	Heß-Naundorf	(Die Grünen)
Entschuldigte Ausschusmitglie- der:	Wagner	(Die Grünen)
Ferner:	Erster Landesbeamter Friedrich Kreiskämmerer Geißler Dezernent Dr. Zaar Dezernentin Hülle Dezernentin Bittinger Amtsleiter Dr. Vogt, Amt für Schulen, Bildung Kultur Amtsleiterin Strauß, Stabstelle Rechnungsprüfungs- amt und zentrales Controlling	(Top 1a, 2) (Top 2) (Top 2) (Top 1b)
Der Schriftführer:	Weitere Mitarbeiter Kreisoberamtsrat Hasert Presse	

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:30 Uhr
Beginn der nichtöffentlichen Sitzung: 17:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 17:30 Uhr
Ende der nichtöffentlichen Sitzung: 18:40 Uhr

§ 1

a) Jahresabschluss des Rems-Murr-Kreises zum 31.12.2015

Drucksache 2016-136-VSKA12.12.

b) Schlussbericht 2015

Drucksache 2016-137-VSKA12.12. und Drucksache 2016-107-KT17.10.

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksachen.

Kreiskämmerer Geißler erläutert die Drucksache 2016-136 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Er führt aus, dass beim ordentlichen Ergebnis eine deutliche Verbesserung gegenüber dem Planansatz in Höhe von 6,6 Mio. EUR erzielt werden konnte. Der Finanzierungsmittelbedarf (aus Investitionstätigkeit) falle mit rund 16,3 Mio. EUR um 7 Mio. EUR besser aus als die geplanten 23,3 Mio. EUR. Er betont, dass die Einzahlungen hierbei um 2,7 Mio. EUR über dem Ansatz liegen würden und es bei den Auszahlungen zu einer Planunterschreitung von 4,3 Mio. EUR käme. Die ursprünglich mit 17,7 Mio. EUR geplante Kreditaufnahme, habe um rund 13,5 Mio. EUR unterschritten werden können. Bei den tatsächlich aufgenommenen 4,2 Mio. EUR habe es sich um eine übertragene Kreditermächtigung aus dem Vorjahr 2014 gehandelt. Herr Geißler bittet zu beachten, dass der Rems-Murr-Kreis bislang den Haushaltsausgleich nach altem Recht anwende. Dies bedeute, dass Abschreibungen mindestens in Höhe der Tilgungen, dem Tilgungsanteil bei der Umlage an den Verband Region Stuttgart und der Kredittilgung für Innere Darlehen erwirtschaftet werden müssten. Jedoch sei für das Haushaltsjahr 2015 auch nach neuem Recht ein Haushaltsausgleich erreicht worden. Der Schuldenstand des Rems-Murr-Kreises sei im Jahr 2015 von 54,9 Mio. Euro auf 54,4 Mio. Euro zurückgegangen (Ist-Stand). Darin seien auch die Inneren Darlehen in Höhe von 19,2 Mio. EUR enthalten. Zu den Kreisstraßen wird auf die Drucksache 2016/107, Seite 160 verwiesen.

Formal gebe es zur Feststellung des Jahresabschlusses 2015 die nachstehenden Feststellungen des Rechnungsprüfungsamtes. Es bestünden keine Gründe, die der Feststellung des Jahresabschlusses 2015 des Rems-Murr-Kreises entgegenstünden. Das Rechnungsprüfungsamt empfehle dem Kreistag, den Jahresabschluss 2015 des Rems-Murr-Kreises festzustellen.

Die Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes, Frau Strauß, erläutert die Drucksache 2016-137 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Sie weist darauf hin, der Abschluss 2015 wieder verspätet aufgestellt worden sei und dem Rechnungsprüfungsamt daher nur die gesetzlich eingeräumte Frist von 4 Monaten zur Prüfung nicht geblieben sei. Diesem Umstand begegne man dadurch, dass alle Kapazitäten des Prüfungsamtes in den Herbstmonaten gebündelt würden, Schwerpunktprüfungen unterjährig durchgeführt und andere Arbeiten zurückgestellt würden. Bei den Schwerpunktprüfungen habe man den Eindruck gewonnen, dass überwiegend gut gearbeitet werde. Größere Systemfehler habe man in wenigen Bereichen ausfindig machen können und diese seien zwischenzeitlich wieder bereinigt bzw. in Aufarbeitung. Solchen Fehlern gelte es entgegenzuwirken, sei es durch Personalaufstockungen oder durch eine Stärkung der Führungsverantwortung. Durch die Trennung von Dezernats- und Amtsleitungen habe Herr Landrat Dr. Sigel bereits die Führungsebene gestärkt. Die weitere Qualifizierung sei ein Schwerpunkt in der Zukunft. Frau Strauß berichtet, dass Beanstandungen allesamt konstruktiv und zeitnah von der Verwaltung angegangen und nahezu erledigt worden seien. Etwas kritisch werden das das Finanzverfahren KIRP gesehen, da dieses aus Sicht des Kreisprüfungsamtes, nicht vollumfänglich den strengen Anforderungen der Finanzverwaltung für die Buchführung in DV-Anlagen genüge. Sie betont jedoch, dass damit keine wesentlichen Bedenken gegen den Jahresabschluss des Kreises bestünden. Generell sei festzustellen, dass man immer stärker, bereits im Vorfeld in die Entscheidungsfindungen eingebunden werde. Zusammenfassend sei festzuhalten, dass die gesetzlichen Pflichtprüfungen zum Jahresabschluss sowie die Prüfungen der Kassen, Zahlstellen und Handvorschüsse absolviert wurden. Auch die auf das Prüfungsamt übertragenen weiteren Prüfungen seien geleistet und die Jahresrechnung der Rems-Murr-Stiftung ohne Anstände geprüft worden. Die Bemerkungen seien im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aus finanzieller Sicht unwesentlich und stünden einer Beschlussfassung nicht entgegen. Infolge dessen, könne sie dem Kreistag die Feststellung des Jahresabschlusses 2015 empfehlen.

Frau Strauß erläutert auf Frage von Kreisrätin Meßmer die Verfahrensweise bei der Versicherung von Kunstgegenständen und die Bewertungsvorschriften bei Bürgschaften für die Zusatzversorgungskasse gegenüber den Kreisunternehmen, die wegen des EU-Beihilferechts nicht unbegrenzt bleiben dürften, sondern bewertet werden müssen.

Kreisrat Jasper verweist auf Seite 11 des Schlussberichts und kritisiert, dass geäußert wurde, in allen Verwaltungsbereichen habe die Qualität der Leistungen nachgelassen. Er bitte um Auskunft, wie dem begegnet werde und ob hier auch zusätzliches Personal benötigt werde. Auch die Aussagen zu KIRP seien bedenklich.

Landrat Dr. Sigel entgegnet, dass nicht unbedingt Personalaufstockungen notwendig seien, sondern hier durch interne Maßnahmen und andere Schwerpunktsetzungen gegengesteuert werde.

Kreiskämmerer Geißler antwortet ergänzend, es werde wohl nach KIRP ein anderes Verfahren ab 2019/2020 angedacht. Bei einem neuen Verfahren wie SAP seien aber auch die entsprechenden Spezialisten erforderlich.

Kreisrat Hesky erinnert daran, dass die Haushaltsdebatte für das Jahr 2016 sehr kontrovers geführt worden sei und daher angesichts der Überschüsse darauf geachtet werde, dass nur die Kreisumlage erhoben werden soll, die notwendig sei.

Ohne weitere Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig en bloc:

Beschlussempfehlung des Ausschusses an den Kreistag:

1. Der Jahresabschluss des Rems-Murr-Kreises zum 31.12.2015 wird gemäß § 48 der Landkreisordnung in Verbindung mit § 95 der Gemeindeordnung mit den in der Drucksache 2016-107-KT17.10. (bereits übersandt) ausgewiesenen Ergebnissen und gebildeten Rückstellungen festgestellt.
2. Die im Rechenschaftsbericht 2015 unter 5.4 (S. 159 f.) dargestellten abgerechneten Hochbaumaßnahmen (BSZ Waiblingen, BSZ Schorndorf, KSZ Schorndorf, BSZ Backnang, KSZ Murrhardt) und Straßenbaumaßnahmen (Abzweig K 1873 – Krewinkel, K 1849 Bittenfeld – L 1127) werden anerkannt.

Beschlussempfehlung des Ausschusses an den Kreistag:

Der Kreistag nimmt den Schlussbericht 2015 der Stabstelle Rechnungsprüfungsamt und zentrales Controlling zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Amt für Finanzen

1 Rechnungsprüfungsamt

§ 2

Beratung des Haushaltsentwurfs 2017

Drucksachen 2016-138-VSKA12.12., 2016-138a-VSKA12.12., 2016-139-VSKA12.12., 2016-104-KT17.10., 2016-104a-KT17.10., 2016-105-KT17.10. und 2016-106-KT17.10.

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksachen und führt einleitend aus, es zeichne sich ab, dass sich die Zahlen für das Haushaltsjahr 2016 sehr gut entwickeln würden. Hierzu habe auch die Ertragsseite beigetragen, wo es nur noch wenige Außenstände gebe, was auch zur Haushaltskonsolidierung beitrage. Auch der Ausblick auf das kommende Haushaltsjahr 2017 und die Entwicklung der Steuerkraft der Kommunen sei positiv. Dies ermögliche, hier eine hälftige Aufteilung vorzunehmen. Trotzdem bleibe ein Betrag, um eine Schuldentilgung vorzunehmen und den Erhalt der Kreisstraßen zu verbessern.

Herr Dr. Vogt, Leiter des Amtes für Schulen, Bildung und Kultur, erläutert den Teilhaushalt 3 zur Entwicklung des Schulhaushalts anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Kreisrat Sczuka bittet um Auskunft, wie sich neben dem Allzeithoch bei den Beruflichen Schulen, die Schülerzahlen insgesamt entwickeln. Zudem wolle er wissen, warum die inneren Verrechnungen so stark steigen würden.

Kreisrat Klopfer fragt nach dem aktuellen Versorgungsstand der VABO-Klassen (Vorqualifizierungsjahr Arbeit und Beruf für Jugendliche ohne Deutschkenntnisse) und wie die Verteilung der Schüler auf die Schulzentren sei. Zudem interessiere ihn, wie die Verwaltung perspektivisch mit dem Thema Digitalisierung und den damit verbundenen Kosten umgehe.

Kreisrat Dr. Ketterer hinterfragt, ob der Rückgang der Schülerzahlen an den beruflichen Gymnasien nur auf demografische Veränderungen zurückzuführen sei, oder auch auf die allgemeinen Änderungen im Bildungssystem.

Kreisrat Lenk weist darauf hin, dass die Nachfrage nach Schulplätzen noch immer sehr hoch sei, aber man zur Kenntnis nehmen müsse, dass es auch Privatschulen gebe. Diese würden Berufskollegs oder das Sechsjährige Gymnasium anbieten, gegen das es im Ausschuss oder bei den Kommunen Vorbehalte gegeben habe.

Amtsleiter Dr. Vogt antwortet zu den vorstehenden Redebeiträgen, an den allgemeinbildenden Schulen seien die Schülerzahlen in den letzten Jahren zurückgegangen. Der Anstieg der Inneren Verrechnungen müssten untersucht werden. Beim VABO seien noch 50 – 60 Schüler auf der Warteliste, da es einen starken Andrang gebe. Allerdings fühle man sich hier im Stich gelassen, weil sich die Privatschulen und allgemeinbildenden Gymnasien zurückhalten würden, zumal diese auch Sprachlernklassen einrichten könnten. Das Thema Integration sei aufgegriffen worden. Während früher die Berufsschulpflicht in der Sonderschule erfüllt worden sei, was danach oft in die Werkstätten für Behinderte geführt habe, gebe es nun eine berufsvorbereitende Einrichtung, die auch einen Weg in den ersten Arbeitsmarkt ermögliche. Es gebe 29 VABO-Klassen, die gleichmäßig auf die Berufsschulzentren verteilt seien. Die Digitalisierung sei im regulären Budget veranschlagt. Es gebe bereits vielfältige Aktivitäten wie z.B. Tablet-Versuche.

Landrat Dr. Sigel weist ergänzend darauf hin, dass für die Digitalisierung kürzlich ein Bundesprogramm aufgelegt worden sei. Der Bedarf und die notwendige Infrastruktur würden erhoben und die Kosten untersucht.

Finanzdezernent Geißler beantwortet noch die internen Leistungsverrechnungen auf Seite 729 und 731/732. Diese betreffen insbesondere die Liegenschaften und die RMIM.

Es erfolgt die Beratung der übrigen Teilhaushalte.

Finanzdezernent Geißler erläutert die Entwicklungen seit Einbringung des Haushaltsplanentwurfs anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrat Sczuka erklärt, insgesamt stimme man der Mittelverwendung zu. Falls die vorläufig für den Flüchtlingsbereich eingesetzten Verbesserungen aus dem Finanzzwischenbericht 2016 in Höhe von 6,8 Mio. Euro zurückfließen beantrage die CDU-Fraktion, dass diese für die Schuldentilgung verwendet werden.

Kreisrat Kaufmann regt an, eventuell den Nachfinanzierungsbedarf für die Kliniken gleich abzudecken und nicht die nachgelagerte Spitzabrechnung abzuwarten.

Finanzdezernent Geißler erinnert an den bereits vom Kreistag am 14.12.2015 beschlossenen Sperrvermerk zur Verwendung von Mitteln aus der Spitzabrechnung zur Reduzierung des Klinikde-

fizits. Hinzu komme die Verbesserung aus dem Jahresabschluss 2016. Außerdem sei man bisher sei man immer so verfahren, dass zunächst frühere Defizite abgedeckt werden.

Kreisrat Lenk begrüßt die positive Entwicklung im Jahr 2016 im Vergleich zu den früher geführten Haushaltsdebatten. Es gebe zudem auch genug finanzielle „Altlasten“. Am Verfahren müsse auch nichts geändert werden, er plädiere aber dafür, den Druck auf das Land bezüglich der Spitzabrechnung weiterhin aufrecht zu erhalten. Es sei richtig, Verbesserungen für die Schuldentilgung und die Reduzierung des Klinikdefizits zu verwenden.

Kreisrat Hesky erklärt, auch die Fraktion der Freien Wähler werde dem Beschlussvorschlag zustimmen. Es sei richtig, Schulden zu tilgen oder das Klinikdefizit abzubauen, er weise jedoch darauf hin, dass auch die hierfür verwendeten Mittel dem Kreis insgesamt fehlen würden.

Kreisrätin Brodersen hält es ebenfalls für erfreulich, dass Schulden abgebaut werden könnten. Der im letzten Jahr beschlossene Kreisumlagehebesatz sei dennoch richtig gewesen, da die positive Entwicklung nicht absehbar gewesen sei.

Der Ausschuss beschließt einstimmig:

Beschlussempfehlung des Ausschusses an den Kreistag:

1. Der Sperrvermerk im Haushaltsplan 2016 bei den Zuweisungen an die Rems-Murr-Kliniken wird aufgehoben. Der Betrag in Höhe von 4.257.400 Euro wird zur Deckung des Klinikdefizits des Jahres 2015 freigegeben.
2. Einer Verkürzung der Verlustabdeckungen an die Rems-Murr-Kliniken aufgrund der Verbesserung des prognostizierten Rechnungsergebnisses 2016 wird zugestimmt.

Finanzdezernent Geißler erläutert die eingetretenen Veränderungen seit Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2017.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Beschlussempfehlung der Verwaltung zum nachstehenden Zuschussantrag (Anlage 3 zu Drucksache 2016-138):

Für die Koordination der Notfallseelsorge im RMK gewährt der Landkreis für drei Jahre (2017-2019) einen pauschalen Förderzuschuss von 15.000 € p.a., vorbehaltlich der vorgesehenen Unterstützung der Landeskirche.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Beschlussempfehlung der Verwaltung zum nachstehenden Zuschussantrag (Anlage 4 zu Drucksache 2016-138):

Die DLRG Bezirk Rems-Murr e.V. erhält befristet für drei Jahre (2017-2019) einen um 2.500 € p.a. auf 3.500 € p.a. erhöhten Zuschuss für die Aufgabe Regelwachdienst an Badegewässern.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Beschlussempfehlung der Verwaltung zum nachstehenden Zuschussantrag (Anlage 5 zu Drucksache 2016-138):

Der Zuschussantrag der Evangelischen Stadtkirchengemeinde Schorndorf für das Projekt „Skulpturen 17“ wird abgelehnt.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zum nachstehenden Antrag der **FDP-FW-Fraktion** zur Kenntnis (Anlage 6 zu Drucksache 2016-138):

Der Kreistag beschließt, dass die Kreisverwaltung Gespräche mit den Stadt- und Gemeindeverwaltungen des Rems-Murr-Kreises mit dem Ziel aufnimmt, ein gemeinsames Internetportal zu schaffen, über das sich alle 31 Städte und Gemeinden verlinken. Etwaige Kosten für ein solches Portal sind zu teilen.

Kreisrat Hesky erläutert den nachstehenden Antrag der Fraktion der Freien Wähler und bittet um Auskunft, ob die Stelle für den Breitbandbeauftragten mit vorhandenem Personal besetzt werden sollte.

Landrat Dr. Sigel erklärt, hier handle es sich um eine unbesetzte Stelle, die fachlich geeignet nachbesetzt werden sollte. Es entstünden keine weiteren Personalkosten.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zum nachstehenden Antrag der **Fraktion der Freien Wähler** lfd. Nr. 4 und die Klarstellung durch Landrat Dr. Sigel, dass eine bereits vorhandene Stelle verwendet wird, zur Kenntnis (Anlage 7 zu Drucksache 2016-138):

Breitbandausbau

Wir bitten die Kreisverwaltung um einen Bericht, der aufzeigt,

4. warum es eines eigenen Breitbandbeauftragten des Kreises bedarf und ob es möglich wäre, diese Aufgabe bereits vorhandenem Personal zu übertragen.

Der Ausschuss lehnt den nachstehenden Antrag von **Die Linke/ÖDP** aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 8 zu Drucksache 2016-138) mit 2 Ja- und 21 Nein-Stimmen ab:

Der Kreistag möge beschließen, dass sich seine Vertreter im Verwaltungsrat der Sparkasse Rems-Murr für eine jährliche Gewinnabführung von 1 Mio. Euro ab dem Jahr 2017 u.f.f. einsetzen. Diese Gewinnausschüttung soll zur Minderung des anfallenden Defizits der Rems-Murr-Kliniken verwendet werden.

Kreisrat Hesky erklärt, die Fraktion der Freien Wähler wolle Ihren nachstehenden Antrag auf Stellenstreichungen trotz der Stellungnahme der Verwaltung aufrechterhalten.

Kreisrat Klopfer spricht sich aufgrund der notwendigen und umfangreichen Aufgabenstellungen gegen die beantragte Stellenstreichung aus. Er plädiert daher dafür, den Antrag zurückzunehmen.

Kreisrätin Besa bittet um Auskunft, ob es interne Bewerber für die Techniker-Stellen gebe oder ob überhaupt eine externe Besetzung möglich sei, wenn auf Schwierigkeiten verwiesen werde, Fachbüros zu finden.

Umweltdezernent Zaar erklärt, es sei zwar nachvollziehbar, dass der Schwerpunkt der Stellenschaffungen im Sozialbereich liege, er appelliert jedoch dafür, auch die technischen Ämter nicht zu vernachlässigen, die angesichts der Aufgaben dringenden Bedarf hätten.

Kreisrat Hesky sieht es kritisch, dass die Verwaltung weiterhin zusätzliche Stellen schaffen wolle mit der Begründung, dass diese zwingend notwendig seien.

Landrat Dr. Sigel erwidert, wie ausgeführt, habe man den technischen Bereich vernachlässigt. Die Ämterstruktur und die Umsetzung der Stellenbesetzungen würden laufend geprüft und hinterfragt. Es müsse jedoch auch auf die Qualität geachtet werden.

Kreisrat Sczuka regt an, erst einmal eine Teilbesetzung vorzunehmen. Es könnte auch eine Befristung angedacht werden.

Kreisrat Klopfer ist gegen eine Befristung, da hierfür keine Interessenten gefunden werden könnten.

Kreisrat Lenk erklärt, man könne das Missbehagen der Freien Wähler zwar verstehen, es solle jedoch kein „Example an der falschen Stelle“ statuiert werden. Es gehe jedoch um die Stellenentwicklung im Allgemeinen, die auch seine Fraktion sehr skeptisch beurteile. Man verlasse sich hier auf die Zusage, dass das Thema Personal sowie Führungsstrukturen insgesamt durchleuchtet werden solle und auch vielleicht auch Personalreduzierungen möglich wären.

Kreisrätin Brodersen vertritt die Ansicht, dass es sich hier um einen Bereich handle, der immer aufwändiger und stärker nachgefragt werde.

Kreisrat Kaufmann erklärt, die Themen Hochwasserschutz und Windenergie würden an erster Stelle stehen. Insofern spreche er sich dagegen aus, hier Streichungen vorzunehmen.

Kreisrat Hesky erklärt, der nachstehende Antrag der **Fraktion der Freien Wähler** (Anlage 9 zu Drucksache 2016-138) wird zurückgenommen:

Stellenplan / Zusätzliche Stellen

Wir beantragen:

Die geplanten zusätzlichen 2,5 Vollzeitstellen für Hochwasserschutz, die Remstalgartenschau 2019 und die Windenergie werden gestrichen.

Der Ausschuss beschließt mit 13 Ja- und 10 Nein-Stimmen den von Kreisrat Sczuka modifizierten Antrag:

Für den Hochwasserschutz, die Remstalgartenschau 2019 und die Windenergie werden 1,5 Stellen ohne spezifizierte Bewertung und unbefristet geschaffen.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, die Beschlussfassung über den nachstehende Antrag der **Fraktion Bündnis90/Die Grünen** aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 10 zu Drucksache 2016-138), in der Sitzung des Kreistags am 19.12.2016 vorzunehmen:

Senkung der Kreisumlage um 3,1 Mio. Euro

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, die Beschlussfassung über den nachstehenden Antrag der **CDU-Fraktion** zur lfd. Nr. 1 aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 11 zu Drucksache 2016-138), in der Sitzung des Kreistags am 19.12.2016 vorzunehmen:

1. den Hebesatz der Kreisumlage auf 36,6 Prozentpunkte festzusetzen.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 11 zu Drucksache 2016-138) zu den nachstehenden Anträgen der **CDU-Fraktion** lfd. Nr. 2 und 3 zur Kenntnis.

2. Gemäß der Beschlussfassung des Kreistags vom 12.12.2011 weiterhin entstehende Verbesserung für die Schuldentilgung zu verwenden.
3. auch künftig die sogenannte 50:50-Regelung darzustellen.

Kreisrat Throm zieht den nachstehenden Antrag von **AfD/Unabhängige** aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 12 zu Drucksache 2016-138) zurück:

Globale Minderaufwendungen bei Personalaufwendungen

Kreisrat Hesky zieht den nachstehenden Antrag der **Fraktion der Freien Wähler** aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 13 zu Drucksache 2016-138) unter der Maßgabe zurück, dass die Verwaltung über die Umsetzung der Stellenmehrungen und –reduzierungen im Stellenplan 2017 im 1. Halbjahr 2017 berichtet:

Globale Minderaufwendungen bei den Personalkosten. Es wird eine Erhöhung der globalen Minderausgabe im Personalbereich von 500.000 € auf 750.000 € beantragt.

Nach kurzer weiterer Beratung lehnt der Ausschuss den nachstehenden Antrag von **AfD/Unabhängige** aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung (Anlage14 zu Drucksache 2016-138) einstimmig ab:

Globale Minderaufwendungen beim sächlichen Betriebs- und Verwaltungsaufwand

Landrat Dr. Sigel erläutert die Drucksache 2016-139 zur Wirtschaftlichkeit, energetischen Sanierung und Neufestsetzung der Entgelte des Schullandheims Mönchhof. Er berichtet, dass sich auch der Umwelt- und Verkehrsausschuss in seiner Sitzung am 05.12.2016 für die nun vorgeschlagene Vor-

gehensweise zum Schullandheim Mönchhof und die Verwendung der Mittel für den Klimaschutz ausgesprochen habe.

Kreisrat Sczuka bedankt sich für die nochmalige Aufarbeitung. Der jetzt vorgelegte Vorschlag der Verwaltung sei richtig und zielführend.

Kreisrat Lenk begrüßt ebenfalls den Vorschlagsvorschlag. Es sei auch gut, wenn die Entgeltregelung überarbeitet werde.

Kreisrat Hesky erklärt, im Hinblick auf die Sanierung könne man sich dem ebenfalls anschließen. Man habe jedoch ein Konzept erwartet, wie die Wirtschaftlichkeit verbessert werden könne. Auch der Forderung, die Personalstruktur anzupassen, stehe man kritisch gegenüber.

Kreisrätin Brodersen signalisiert, dass Ihre Fraktion mit der Sanierung einverstanden sei. Allerdings sollen im Sanitärbereich nicht nur Schönheitsreparaturen erfolgen, sondern auch Verbesserungen wie Sichtschutzwände vorgenommen werden. Sie habe am Konzept zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit mitgearbeitet. Mehr sei kurzfristig nicht möglich gewesen, aber es sei ein guter Start. Auch die Veränderung der Entgelte sei ein richtiger Schritt. Evtl. sei jedoch auch bei Erwachsenengruppen aus dem Kreis eine Ermäßigung denkbar.

Auf Frage von Kreisrat Klopfer antwortet Landrat Dr. Sigel, die Verwendung der restlichen bereitgestellten Mittel zur energetischen Sanierung anderer Kreiseinrichtungen, erfolge im Rahmen des Immobilienkonzeptes.

Landrat Dr. Sigel sagt zu, dass die Ziffer 2 des Antrags der **Fraktion der Freien Wähler** zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit des Schullandheims Mönchhof, als Berichtsantrag fortgeführt und weiter behandelt werde.

Der Ausschuss beschließt aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung (Drucksache 2016-139-VSKA12.12 mit Anlagen 15 und 16), zu den Anträgen der **CDU-Fraktion und der Fraktion der Freien Wähler** den nachstehend dargestellten modifizierten Beschlussvorschlag sowie die Beschlussempfehlung mit 21 Ja- und 1 Nein-Stimmen:

Beschlussvorschlag:

1. Die energetische Sanierung entsprechend dem Handlungsprogramm Klimaschutz 2016-2018 (KS1) aus den Mitteln der RMIM für den Sanierungsrückstau wird wegen der hohen Kosten und der fehlenden Amortisation auf den Austausch eines Ölheizkessels gegen eine Holzpellettheizung reduziert.
2. Die restlichen bereitgestellten Mittel (2016: 500.000 €, 2017: 800.000 €, 2018: 300.000 €) werden im Sinne des Klimaschutzes zur energetischen Sanierung anderer Kreiseinrichtungen verwendet, vorzugsweise der Liegenschaften am Alten Postplatz 10 in Waiblingen.
3. Zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit wird ein Konzept erstellt, hierüber beraten und berichtet.

Beschlussempfehlung an den Kreistag:

4. Der VSKA empfiehlt dem Kreistag die Entgelte für das Schullandheim Mönchhof ab dem 01.01.2017 entsprechend der Aufstellung in der Anlage 1 festzusetzen.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, die Beschlussfassung über den nachstehenden Antrag der **Fraktion Bündnis 90/Grüne** aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 17 zu Drucksache 2016-138), in der Sitzung des Kreistags am 19.12.2016 vorzunehmen:

Reduzierung der Kreditaufnahme um insgesamt 4,2 Mio. Euro

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 18 zu Drucksache 2016-138) zum nachstehenden Antrag der **Fraktion der Freien Wähler** zur Kenntnis.

Jahresergebnis 2016 / Schuldentilgung

Es wird beantragt,

1. aufzuzeigen, wie sich das gegenüber dem Plan deutlich bessere Ergebnis 2016 darstellt,
2. die Mehreinnahmen aus 2016 und die Verbesserungen durch den Haushaltserlass zur Kredittilgung zu verwenden,
3. darzustellen, in welcher Höhe die im Haushaltsplan 2017 erwirtschafteten Abschreibungen in die Kreisumlage einfließen – oder um welchen Betrag die Kreisumlage noch gesenkt werden könnte, wenn die bei der Einführung der Doppik getroffene Absprache, dass erst ab 2020, wenn es Pflicht ist, die Abschreibungen vollständig zu erwirtschaften, eingehalten würde.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 19 zu Drucksache 2016-138) zum nachstehenden Antrag der **CDU-Fraktion** zur Kenntnis.

Die Erarbeitung eines sinnvollen Fuhrparkkonzepts im Hinblick auf den optimalen Betriebsmitteleinsatz von Dienstwagen des Landkreises auf der einen Seite und Nutzung von privaten PKW der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf der anderen Seite.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Fuhrparkkonzept zu entwickeln.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 20 zu Drucksache 2016-138) zum nachstehenden Antrag der **Fraktion Bündnis 90/Grüne** zur Kenntnis.

Stellenplan 2017

Übersichtliche und transparente Darstellung der Veränderungen im Stellenplan 2017 (Welche Stellen wurden neu geschaffen, welche sind entfallen? Welche Stellen wurden bereits mit bestehendem Personal besetzt und welche werden neu ausgeschrieben? Gab es bei Umbesetzungen Änderungen in der Vergütung? Wurden im neuen Stellenplan bisher befristete Stellen verlängert oder entfristet?)

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Bereinigung des Stellenplans fortzufahren und die beschriebene optimierte Darstellung für die Beratungsunterlagen zum Stellenplan 2018 vorzusehen.

Kreisrätin Besa begründet den nachstehenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne. Es handle sich hier um 12 Stellen im Asylbereich, die nach ihrer Ansicht eine Art Doppelbesetzung seien. Wenn diese benötigt würden, dann könnten diese mit einem KW-Vermerk versehen werden. Es gehe dabei nur um die Stellen. Die Mitarbeiter/innen könnten danach auch in anderen Bereichen eingesetzt werden.

Nach kurzer weiterer Beratung beschließt der Ausschuss abweichend von der Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 21 zu Drucksache 2016-138) den nachstehenden Antrag der **Fraktion Bündnis90/Die Grünen** einstimmig bei 2 Enthaltungen:

Stellenplan 2017 – Stellenmehrbedarf Flüchtlinge/Asyl

Die Stellen mit der lfd-Nr, 1-7, 10-12, 14, 28 mit einem kW (künftig wegfallend)-Vermerk zu versehen.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 22 zu Drucksache 2016-138) zum nachstehenden Antrag der **SPD-Fraktion** mit der Zusage von Landrat Dr. Sigel, dass kontinuierlich berichtet werde, zur Kenntnis.

Die Verwaltung möge erläutern, welche Aufgaben verstärkt durch Freie Träger oder durch die freie Wirtschaft übernommen werden könnten.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 23 zu Drucksache 2016-138) zum nachstehenden Antrag der **CDU-Fraktion** mit der Zusage von Landrat Dr. Sigel, dass in der Klausurtagung am 10.03.2017 berichtet werde, zur Kenntnis.

1. Es soll ein Schuldenabbaukonzept bezüglich der Trägerzuschüsse bei den Rems-Murr-Kliniken erstellt werden, unter Einbeziehung der künftig zu erwartenden wirtschaftlichen Ergebnisse und der Zins- und Tilgungsbelastung durch die Neubauinvestition in Winnenden und in einem weiteren Schritt durch das noch zu erstellende Medizinkonzept sich ergebende Handlungsempfehlungen.
2. Die künftige Darstellung soll gegenüber dem Kreistag als Hauptorgan des Trägers transparent erfolgen entweder in einer Sonderrechnung wie bei der damaligen Verwaltungsreform und / oder einer darzustellenden Sonderumlage.

Kreisrat Hestler begründet den nachstehenden Antrag der SPD-Fraktion und erklärt, mit den Anträgen wolle man zur Patientenzufriedenheit beitragen. Er kritisiert, dass diese aber nur zur weiteren Bearbeitung an die Geschäftsführung der Rems-Murr-Kliniken weitergeleitet worden seien. Man wolle jedoch eine Berichterstattung in der nächsten Sitzung des VSKA.

Nach kurzer weiterer Beratung nimmt der Ausschuss die Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 24 zu Drucksache 2016-138) zum nachstehenden Antrag der **SPD-Fraktion** mit der Zusage von Landrat Dr. Sigel, dass eine Behandlung in der Klausurtagung am 10.03.2017 und danach eine öffentliche Behandlung in den Kreisgremien erfolgt, zur Kenntnis.

Die Geschäftsführung der Rems-Murr-Klinik soll ein Konzept vorlegen, wie im Bereich des Klinikums Winnenden eine Küche eingerichtet werden kann, die mit patientengerechter, regionaler und nachhaltiger Kost einen Beitrag zu mehr Zufriedenheit im Klinikum leisten kann.

Darüber hinaus wird die Kreisverwaltung aufgefordert, bei ihrer Beteiligungsgesellschaft Rems-Murr-Kliniken darauf zu drängen, für die Notaufnahme kürzere und patientengerechte maximale Hilfsfristen festzulegen. Und auch dafür Sorge zu tragen, dass diese Fristen durch eine entsprechende personelle Ausstattung auch eingehalten werden können.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 25 zu Drucksache 2016-138) zum nachstehenden Antrag der FDP-FW-Fraktion zur Kenntnis.

Der Kreistag beschließt,
die Kreisverwaltung berichtet,

1. Welche Förderungsmöglichkeiten von EU, Bund und Land nutzt der Rems-Murr-Kreis derzeit und wie hoch sind die Finanzmittel, die dadurch generiert werden in 2017 und wie hoch waren sie jährlich in den letzten fünf Jahren.
2. Welche Fördertöpfe können derzeit mangels entsprechender Projekte oder Vorhaben nicht genutzt werden? Welche Mittel stünden dort zur Verfügung?
3. Wie ist die Praxis des Landes bei der Weitergabe von Bundesmitteln, die mit dem Ziel ausgeschüttet werden, die Kommunen zu fördern? Werden alle Mittel zu 100 Prozent durchgereicht oder und wenn ja wo, behält das Land Anteile ein? Wie wirkt sich das auf den Haushalt 2017 aus?
4. Sind Anträge des Kreises durch Förderungsgeber abschlägig beschieden worden, wenn ja in welcher Höhe?
5. Welche Folgen hat die zwischen Land und Kommunen vereinbarte Kürzung der Finanzzuweisungen des Landes um 200 Millionen Euro für den Haushalt 2017 des Rems-Murr-Kreises?

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich:

Die Verwaltung wird beauftragt zu berichten.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 26 zu Drucksache 2016-138) zum nachstehenden Antrag der FDP-FW-Fraktion zur Kenntnis.

Der Kreistag beschließt,

die Kreisverwaltung berichtet über die Entwicklung und den aktuellen Stand beim Einsatz digitaler Verfahren insgesamt und insbesondere über die Verteilung der Zuständigkeiten im Baurecht und über den dort erreichten Stand bei der Digitalisierung der Genehmigungsverfahren.

1. Wie ist heute verglichen mit 1998 die Verteilung digital geführten Verfahren im Vergleich zu Verfahren, die noch vornehmlich analog durchgeführt werden?
2. Wie hoch schätzt die Verwaltung Effektivitätsgewinn und Kostenersparnis ein, wenn komplett auf digitale Verfahren umgestellt würde? Welche Bereiche kämen außer dem Bereich Baurecht infrage?
3. Ist die derzeitige Struktur der Verteilung der Zuständigkeiten im Baubereich zukunftsfähig oder wäre eine Zusammenfassung der Zuständigkeiten bei der Kreisverwaltung effektivitätssteigernd und kostensenkend?
4. Falls eine Zentralisierung positive Effekte verspräche: Wie schätzt sie die Chancen einer freiwilligen Zentralisierung durch Vereinbarungen mit den Kommunen ein, die derzeit eine eigene Zuständigkeit haben und würden die rechtlichen Rahmenbedingungen dies zulassen?
5. Welchen Spielraum im Rahmen des Landes-/Bundesrechtes hätte eine Arbeitsgruppe Kreis/Städte/Gemeinden bei der Einführung von Online-Verfahren als Modellprojekte?

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich:

Die Verwaltung wird beauftragt zu berichten.

Der Ausschuss beschließt einstimmig:

Beschlussempfehlung des Ausschusses an den Kreistag:

Der Übernahme einer Ausfallbürgschaft für den Investitionskredit der Rems-Murr-Kliniken gGmbH am Standort Schorndorf in Höhe von 2.400.000 Euro und am Standort Winnenden mit 991.000 Euro im Jahre 2017 wird zugestimmt.

Der Ausschuss beschließt einstimmig:

Beschlussempfehlung des Ausschusses an den Kreistag:

1. Den unter II, III und VIII in der Drucksache 2016-138 und 2016-138a aufgeführten Änderungen wird zugestimmt.
2. Der Kreistag beschließt über die Kreisumlagehöhe.

Auszüge:

2 Amt für Finanzen

§ 3

Übertragung der Innenrevision bei der Kreisbaugruppe auf die Stabsstelle Rechnungsprüfungsamt und zentrales Controlling

Drucksache 2016-140-VSKA12.12.

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Ohne weitere Beratung beschließt der Ausschuss bei 22 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung:

Beschlussempfehlung des Ausschusses an den Kreistag:

Die Stabsstelle Rechnungsprüfungsamt und zentrales Controlling wird mit der Innenrevision bei der **KREISBAUGRUPPE** ab 01.01.2017 beauftragt

Auszüge:

- 1 Dezernat 1
- 1 Amt für Beteiligungen und Immobilien
- 1 Rechnungsprüfungsamt und zentrales Controlling
- 1 Kreisbaugruppe

§ 4

Europaweite Ausschreibung der Postdienstleistungen

Drucksache 2016-141-VSKA12.12.

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Ohne weitere Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Postdienstleistungen des Landratsamtes europaweit auszuscreiben und an den wirtschaftlichsten Bieter zu vergeben.

Auszüge:

1 Dezernat 1

1 Haupt- und Personalamt

§ 5

- a) Ausscheiden von Kreisrat Andreas Möhlmann und Nach-rücken von Herrn Hans-Peter Krause sowie Ausscheiden von Kreisrat Gerhard Sattler und Nachrücken von Herrn Rainer Bliesener
- b) Änderung in der Besetzung der Gremien
Drucksache 2016-142a-VSKA12.12.

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Ohne weitere Beratung beschließt der Ausschuss die Ziffern 1-8 einstimmig:

Beschlussempfehlung des Ausschusses an den Kreistag:

1. Es wird festgestellt, dass die Voraussetzungen für das Ausscheiden von Kreisrat Andreas Möhlmann gem. § 12 Landkreisordnung vorliegen.
2. Es wird festgestellt, dass dem Nachrücken von Herrn Hans-Peter Krause keine Hinderungsgründe nach § 24 Landkreisordnung entgegenstehen.
3. Es wird festgestellt, dass die Voraussetzungen für das Ausscheiden von Kreisrat Gerhard Sattler gem. § 12 Landeskreisordnung vorliegen.
4. Es wird festgestellt, dass dem Nachrücken von Herrn Rainer Bliesener keine Hinderungsgründe nach § 24 Landkreisordnung entgegenstehen.
5. Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss sowie der Sozialausschuss werden entsprechend der dargestellten Änderung neu gebildet.
6. Der Landrat als Vertreter des Landkreises in der Gesellschafterversammlung der Rems-Murr-Kliniken gGmbH wird angewiesen, den Aufsichtsrat mit Herrn Heinz Franke als ordentliches Mitglied (Nachfolger von Herrn Möhlmann) und die Herren Gernot Gruber als stellvertretendes Mitglied (Nachfolger von Herrn Sattler) sowie Herrn Uwe Voral als stellvertretendes Mitglied (Nachfolger von Herrn Franke), neu zu bilden.
7. Der Kreistag schlägt der Gesellschafterversammlung der Rems-Murr-Gesundheits-Verwaltungs GmbH (RMGV) vor, den Aufsichtsrat mit Herrn Klaus Harald Kelemen als ordentliches Mitglied und Frau Ingrid Möhrle als stellvertretendes Mitglied neu zu bilden.
8. Den weiteren in der Drucksache 2016-142a-VSKA12.12. dargestellten Änderungen in den übrigen Gremien wird zugestimmt.

Auszüge:



1 Dezernat 1

1 Haupt- und Personalamt

§ 6

Spendenbericht

Drucksache 2016-27-VSKA14.03.

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Ohne weitere Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig:

Der Annahme der in der Anlage aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.

Auszüge:

1 Amt für Finanzen

§ 7

Verschiedenes

Auf den Hinweis von Kreisrat Szczuka nach einer unterschiedlichen Gebührenerhebung bei der Zuverlässigkeitsprüfung für Jäger zwischen den Großen Kreisstädten und dem Landratsamt, sagt Landrat Dr. Sigel eine Klärung durch die Verwaltung zu.

Auszüge:

1 Ordnungsamt

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Thomas Hasert